



# Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt

## Beschluss

Nr. **07/50/23G**  
vom **13.12.2007**  
P050022

Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz über die Begnadigung und zu einem Gesetz über den Vollzug der Strafurteile

---

05.0022.04, Bericht der JSSK vom 25.10.2007

://: Zustimmung mit Änderungen

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf Art. 372 Abs. 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937<sup>1</sup>, nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 05.0022.03 vom 20. August 2007, sowie in den Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission Nr. 05.0022.04 vom 17. Oktober 2007, beschliesst:

### I. BEGNADIGUNGSINSTANZEN

#### 1. Begnadigungskommission des Grossen Rates

**§ 1.** Für die Begnadigung gelten die Vorschriften des Strafgesetzbuches; sie sind auch für Strafen des kantonalen Rechtes anwendbar.

<sup>2</sup> Der Grosse Rat entscheidet über Begnadigungsgesuche nach den Vorschriften dieses Gesetzes auf den Antrag der Begnadigungskommission. Für die Behandlung von Begnadigungsanträgen des Regierungsrates gelten die Vorschriften von § 8.

#### 2. Die Begnadigungskommission insbesondere

**§ 2.** Die Begnadigungskommission besteht aus neun Mitgliedern des Grossen Rates.

<sup>2</sup> Der Grosse Rat wählt sie und ihre Präsidentin oder ihren Präsidenten jeweils nach seiner Konstituierung für seine Amtsperiode; dabei sind die einzelnen Fraktionen nach Möglichkeit im Verhältnis zu ihrer Stärke zu berücksichtigen. Ersatzwahlen gelten für den Rest der Amtsperiode und sind mit möglichster Beförderung zu treffen.

---

<sup>1</sup> SR 311.0.  
Ablage:

<sup>3</sup> Die Wahlen in die Kommission können nicht dem Büro übertragen werden.

<sup>4</sup> Die Kommission ist nur beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder anwesend sind.

<sup>5</sup> Mitglieder, die im Einzelfall als Richterin oder Richter, Untersuchungsrichterin oder Untersuchungsrichter, Staatsanwältin oder Staatsanwalt oder Advokatin oder Advokat tätig gewesen sind oder im Strafvollzug massgeblich mitgewirkt haben, befinden sich im *Ausstand*.

## II. BEGNADIGUNGSVERFAHREN IM ALLGEMEINEN

### 1. Vor der Begnadigungskommission

#### a. Einleitung und Vorbereitung

**§ 3.** Begnadigungsgesuche sind schriftlich an den Grossen Rat zu richten. Die Präsidentin oder der Präsident des Grossen Rates weist ein eingegangenes Gesuch der Begnadigungskommission zu.

<sup>2</sup> Hält die Präsidentin oder der Präsident der Kommission ein Begnadigungsgesuch formell nicht für unzulässig, so überweist sie oder er es dem urteilenden Gericht zur Begutachtung.

<sup>3</sup> Das urteilende Gericht hat sich darüber auszusprechen, ob es eine Begnadigung empfehle oder nicht. Empfiehlt es sie, so hat es der Kommission einen Begnadigungsvorschlag einzureichen.

#### b. Zulässigkeit des Gesuches

**§ 4.** Hält die Präsidentin oder der Präsident der Kommission ein Begnadigungsgesuch formell für unzulässig, so legt sie oder er es der Kommission ohne Einholung eines Gerichtsgutachtens zur Beschlussfassung vor. Wird das Gesuch als zulässig erklärt, so weist es die Kommission an das urteilende Gericht zur Begutachtung. Wird es als unzulässig erklärt, so tritt die Kommission nicht darauf ein.

#### c. Begnadigungsentscheid

**§ 5.** Für einen Begnadigungsbeschluss der Kommission sind fünf Stimmen erforderlich. Werden in der materiellen Beratung über das Gesuch verschiedene Begnadigungsanträge gestellt, so ist zuerst der mildeste dieser Anträge ins Mehr zu setzen und nach dessen Ablehnung stufenweise fortzufahren, bis ein Antrag fünf Stimmen auf sich vereinigt. Geschieht das bei keinem Antrag, so gilt Ablehnung als beschlossen.

<sup>2</sup> Entscheidet sich die Kommission für Ablehnung des Gesuches, so beschliesst sie darüber, ob es vor Ablauf eines gewissen Zeitraumes nicht erneuert werden darf.

### 2. Vor dem Grossen Rat

**§ 6.** Über ihre Beschlüsse erstattet die Kommission dem Grossen Rat Bericht.

1. Bezieht sich das Gesuch auf ein Urteil, das eine Freiheitsstrafe von wenigstens einem Jahr verhängt hat, so beschliesst der Grosse Rat über die Begnadigung aufgrund der Anträge, die von der Kommission oder aus seiner Mitte gestellt werden. Liegen verschiedene Begnadigungsanträge vor, so wird hinsichtlich der Abstimmung auch im Grossen Rat nach § 5 verfahren. Wird das Gesuch

abgewiesen, so beschliesst der Grosse Rat, ob es vor Ablauf eines gewissen Zeitraumes nicht erneuert werden darf.

2. Bezieht sich das Gesuch auf ein Urteil, das nicht eine in Ziff. 1 bezeichnete Strafe verhängt hat, und hat die Kommission Ablehnung beschlossen, so nimmt der Grosse Rat von dem Beschluss Kenntnis und tritt auf das Gesuch nicht ein. Hat die Kommission Begnadigung beschlossen, so entscheidet der Grosse Rat, ob er diesen Beschluss genehmigen oder die Begnadigung ablehnen will.
3. Hat die Kommission ein Gesuch als unzulässig erklärt, so tritt der Grosse Rat darauf nicht ein.

<sup>2</sup> Ein Begnadigungsgesuch nach Ziff. 1 oder 2 gilt als angenommen, wenn die Mehrheit, die sich darauf vereinigt, wenigstens 40 Stimmen erreicht und mindestens 60 Ratsmitglieder an der Abstimmung teilgenommen haben.

### III. VERFAHREN BEI POLITISCHEN STRAFTATEN

#### 1. *Begnadigungsgesuche*

**§ 7.** Bei politischen Straftaten steht es dem urteilenden Gerichte frei, sich über ein Begnadigungsgesuch auszusprechen. Hält es die Berufung auf die politische Natur einer Straftat für ungerechtfertigt, so hat es dies zu begründen und sein Gutachten zu erstatten.

<sup>2</sup> Die Begnadigungskommission entscheidet über die politische Natur der Straftat, bevor über die materielle Behandlung des Gesuches entschieden wird.

<sup>3</sup> Erkennt sie die Straftat als eine politische an, so tritt der Grosse Rat in jedem Falle auf das Gesuch ein, und es sind gegenüber ihrem Antrag auf Begnadigung oder Abweisung andere Anträge unbeschränkt zulässig.

#### 2. *Begnadigungsanträge des Regierungsrates*

**§ 8.** Beabsichtigt der Regierungsrat nach Art. 382 Abs. 2 des Strafgesetzbuches, das Begnadigungsverfahren einzuleiten, so hat er dem urteilenden Gericht Gelegenheit zur Erstattung eines Gutachtens zu geben. Er ist an ein solches Gutachten nicht gebunden.

<sup>2</sup> Der Grosse Rat beschliesst, ob er den Antrag des Regierungsrates an die Begnadigungskommission weisen oder darüber sogleich entscheiden will.

<sup>3</sup> Bei der Entscheidung über den Antrag des Regierungsrates oder der Begnadigungskommission ist im Grossen Rate die Antragstellung nicht beschränkt.

### IV. WIDERRUF

**§ 9.** In Fällen, in denen der Grosse Rat als Begnadigungsinstanz in Bezug auf eine Strafe den bedingten **oder teilbedingten** Strafvollzug gewährt hat, **ist die Richterin oder der Richter**, und in Fällen, in denen der Grosse Rat die bedingte Entlassung gewährt hat, **ist das für die Beurteilung der neuen Tat zuständige Gericht die Strafvollzugskommission** zum Entscheid über einen allfälligen Widerruf zuständig.

<sup>2</sup> Beim Entscheid sind die in Art. 46 und Art. 89 des Schweizerischen Strafgesetzbuches enthaltenen Grundsätze anzuwenden.

<sup>3</sup> In Fällen des Widerrufs der bedingten oder teilbedingten Strafe und der bedingten Entlassung trifft das Gericht die erforderlichen vorsorglichen Verfügungen.

## V. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

### ÄNDERUNG BISHERIGEN RECHTS

**§ 10.** Das Gesetz über Strafvollzug und Begnadigung vom 30. Oktober 1941<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

Die §§ 15 bis 24 werden aufgehoben.

### ÜBERGANGSBESTIMMUNG

§ 11. Bis zum Ende der laufenden Amtsperiode muss gemäss § 6 Abs. 2 die Mehrheit, die sich auf ein Begnadigungsgesuch vereinigt, wenigstens 50 Stimmen erreichen und es müssen mindestens 80 Ratsmitglieder an der Abstimmung teilgenommen haben.

### Publikation, Rechtskraft und Wirksamkeit

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

---

<sup>2</sup> SG 258.100.

## **Gesetz über den Vollzug der Strafurteile (Strafvollzugsgesetz)**

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf Art. 372 Abs. 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937<sup>3</sup>, nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 05.0022.03 vom 20. August 2007, sowie in den Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission Nr. 05.0022.04 vom 17. Oktober 2007, beschliesst:

### *1. Geltung des Gesetzes*

**§ 1.** Dieses Gesetz regelt den Vollzug der Strafen und Massnahmen und der Bussen, die das Gericht aufgrund von Strafbestimmungen des Bundes und des Kantons gegenüber Erwachsenen ausspricht, sowie die Bewahrung der betreuten Person vor Rückfälligkeit und deren soziale Integration durch die Bewährungshilfe.

### *2. Zuständige Behörden*

**§ 2.** Der Regierungsrat bezeichnet in einer Verordnung die Behörde (Vollzugsbehörde), die

- a. die Anordnung zu gemeinnütziger Arbeit (Art. 37 StGB),
  - b. Freiheitsstrafen (Art. 40 StGB, Art. 36 StGB, Art. 39 StGB),
  - c. therapeutische Massnahmen (Art. 59– 63b StGB) und
  - d. die Verwahrung (Art. 64 – 65 StGB)
- vollzieht.

<sup>2</sup>Das Gericht vollzieht

- a. die Geldstrafe (Art. 34 – 35 StGB),
- b. die Friedensbürgschaft (Art. 66 StGB),
- c. das Berufsverbot (Art. 67 – 67a StGB),
- d. das Fahrverbot (Art. 67b StGB),
- e. die Veröffentlichung des Urteils (Art. 68 StGB),
- f. die Einziehung von Gegenständen und Vermögenswerten (Art. 69 – 72 StGB) und
- g. die Busse (Art. 103 StGB).

---

<sup>3</sup> SR 311.0.

### 3. Vollzug von Strafen und Massnahmen

#### Aufgaben

**§ 3.** Die Vollzugsbehörde vollzieht das Urteil des Strafgerichts, indem sie

- a. die verurteilte Person zum stationären Vollzug in eine geeignete Vollzugsanstalt einweist,
- b. sie zum ambulanten Vollzug zuweist,
- c. ihr Vollzugsöffnungen gewährt,
- d. sie aus dem Straf- und Massnahmenvollzug entlässt und
- e. die weiteren für den Vollzug erforderlichen Aufgaben ausübt.

#### Vollzugskompetenzen

**§ 4.** Die Vollzugsbehörde erlässt die für den Vollzug des Urteils erforderlichen Verfügungen und trifft die dafür erforderlichen Anordnungen.

<sup>2</sup> Die Vollzugsbehörde kann verurteilte Personen durch die Polizei festnehmen und dem Vollzug von Strafen und Massnahmen zuführen lassen.

<sup>3</sup> Die Vollzugsbehörde kann der Leitung der Vollzugsanstalt Vollzugskompetenzen abtreten.

#### Antritt der Freiheitsstrafe oder der Massnahme

**§ 5.** Ist das Urteil rechtskräftig, wird der verurteilten Person mitgeteilt, wann und wo sie die Freiheitsstrafe oder Massnahme anzutreten hat. Es ist dabei auf eine angemessene Zeit für die Vorbereitung zu achten.

<sup>2</sup> Sind die Voraussetzungen, das Urteil in einer alternativen Vollzugsform zu vollziehen erfüllt, gibt die Vollzugsbehörde der verurteilten Person davon Kenntnis.

#### Grundsätze

**§ 6.** Die Vollzugsbehörde und die von ihr beauftragten Vollzugsanstalten achten die Menschenwürde der verurteilten Person und vollziehen Strafen und Massnahmen unter entsprechenden materiellen und ethischen Bedingungen.

<sup>2</sup> Die verurteilten Personen sind gleich zu behandeln. Besondere Merkmale wie Geburt, Geschlecht, Hautfarbe, Rasse, nationale Herkunft, Sprache, Religion, politische Überzeugung, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Stellung dürfen sich weder zum Vorteil noch zum Nachteil der verurteilten Person auswirken.

#### Verfahren

**§ 7.** Als Verfügungen gelten Anordnungen der Vollzugsbehörde im Einzelfall, die zum Gegenstand haben:

- a. Begründung, Änderung oder Aufhebung von Rechten oder Pflichten;
- b. Feststellung des Bestehens, Nichtbestehens oder Umfangs von Rechten oder Pflichten;
- c. Abweisung von Begehren auf Begründung, Änderung, Aufhebung oder Feststellung von Rechten oder Pflichten, oder Nichteintreten auf solche Begehren.

<sup>2</sup> Das Verfahren, das dem Erlass einer Verfügung voraus geht, hat den grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien für das Verwaltungsverfahren zu genügen und insbesondere die Grundsätze der Akteneinsicht und des rechtlichen Gehörs zu wahren.

<sup>3</sup> Um den Zugriff der Behörden auf die Akten jederzeit sicherzustellen, werden während eines laufenden Straf- und Massnahmenvollzugs keine Akten versandt.

#### Rekursrecht

**§ 8.** Die verurteilte Person kann eine Verfügung der Vollzugsbehörde gemäss den Bestimmungen der §§ 41 ff. des Organisationsgesetzes mit Rekurs bei der nächst höheren Behörde anfechten.

<sup>2</sup> ~~Der Rekurs hat entgegen § 47 Abs. 1 des Organisationsgesetzes keine aufschiebende Wirkung. Die Rekursinstanz kann die aufschiebende Wirkung anordnen.~~ Verfügungen des Gerichts aufgrund von § 2 Abs. 2 a. und g. können gemäss den Bestimmungen der §§ 16 ff. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege direkt beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

#### 4. Zusammenarbeit mit anderen Kantonen

##### Konkordate

**§ 9.** Der Regierungsrat kann mit anderen Kantonen Vereinbarungen (Konkordate) über den Vollzug von Strafurteilen abschliessen.

<sup>2</sup> Von einer konkordatlichen Verpflichtung, Freiheitsstrafen und freiheitsentziehende Massnahmen in den in das Konkordat aufgenommenen Einrichtungen durchzuführen, bleiben vorbehalten:

- a. der Vollzug von Freiheitsstrafen in einem Gefängnis des für den Vollzug zuständigen Kantons, wenn die betroffene Person aus zeitlichen oder persönlichen Gründen nicht in eine in das Konkordat aufgenommene Einrichtung eingewiesen werden kann;
- b. der Vollzug in der Form der Halbgefängenschaft;
- c. der Vollzug des Wohn- und Arbeitsexternats;
- d. die Abtretung des Vollzugs an einen Kanton, der dem Konkordat nicht angehört;
- e. die Einweisung in eine Vollzugseinrichtung ausserhalb des Konkordats im Einzelfall aus Sicherheitsgründen, zur Optimierung der Insassenzusammensetzung oder wenn die Wiedereingliederung auf Grund der Beschäftigungs- oder Ausbildungssituation oder mit Rücksicht auf das familiäre Umfeld dadurch erleichtert wird.

#### 5. Soziale und psychosoziale Betreuung

##### Bewährungshilfe

**§ 10.** Die Bewährungshilfe des Kantons Basel-Stadt leistet die erforderliche Sozial- und Fachhilfe, um die betreuten Personen vor Rückfälligkeit zu bewahren und sozial zu integrieren (Art. 93 StGB).

<sup>2</sup> Die soziale Betreuung durch die Bewährungshilfe kann freiwillig in Anspruch genommen werden (Art. 96 StGB).

<sup>3</sup> Der Regierungsrat kann zur Erfüllung der Aufgaben der Bewährungshilfe private Organisationen beiziehen.

## 6. Kommission unabhängiger Sachverständiger

**§ 11.** Der Regierungsrat sorgt für die Schaffung einer in Art. 62d Abs. 2 StGB vorgesehenen Kommission unabhängiger Sachverständiger.

<sup>2</sup>Er kann diese Aufgabe zusammen mit anderen Kantonen erfüllen.

## 7. Schlussbestimmungen

Änderung bisherigen Rechts

**§ 12.** Das Gesetz über Strafvollzug und Begnadigung vom 30. Oktober 1941<sup>4</sup> wird wie folgt geändert:

Die §§ 1 bis 14 werden aufgehoben.

Publikation, Rechtskraft und Wirksamkeit

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

---

<sup>4</sup> SG 258.100.